



Medienmitteilung

Zürich, 30. September 2022

Vorschau auf die Kantonsratsdoppelsitzung vom Montag, 3. Oktober 2022

Fokusthema: **Wassergesetz**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montagmorgen nach einem unumstrittenen Wahlgeschäft über die vorläufige Unterstützung von drei Einzelinitiativen entscheiden. Anschliessend steht die Neuauflage des Wassergesetzes zur Diskussion. Diese Debatte wird in der Nachmittagssitzung fortgesetzt und voraussichtlich bis zum Abend dauern. Sollte danach noch Zeit verbleiben, wird sich der Rat Vorstössen widmen, welche die Baudirektion betreffen.

Einzelinitiativen zu Religionen, Kirchen und Steuern für Einspeisevergütungen

Normalerweise zu keinen langen Debatten führt die Behandlung von Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Gleich zwei EI stammen aus der Feder eines Bürgers aus Uster. Dieser fordert einerseits, dass die Ausrichtung finanzieller Zuwendungen an Religionsgemeinschaften durch den Kanton davon abhängig gemacht wird, ob die betreffenden Religionsgemeinschaften die Europäische Menschenrechtskonvention und die Grundrechte der Bundesverfassung strikte einhalten ([KR-Nr. 166/2022](#)). Andererseits will er, dass der Kanton mit einer Standesinitiative beim Bund fordert, dass religiöse Gemeinschaften verpflichtet werden, für den Rückbau von Kirchengebäuden finanzielle Mittel bereitzustellen ([KR-Nr. 168/2022](#)). Und ein Bürger aus Dübendorf verlangt mit einer EI, die Steuerpflicht für Einspeisevergütungen sei im Gesetz zu streichen ([KR-Nr. 167/2022](#)).

Breite Mehrheit für zweiten Anlauf zum Wassergesetz

Eine lange Debatte ist am Montag zur Neuauflage des Wassergesetzes zu erwarten. Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt mit 11 zu 4 Stimmen, dem Gesetz zuzustimmen ([5596](#)). Für die Mehrheit der KEVU ist die Kommissionsvorlage ein austarierter Kompromiss mit Augenmass, mit dem der Interessenausgleich zwischen den verschiedensten Anspruchsgruppen und die Anpassung an übergeordnetes Recht gelingen sollten. Ein Kompromiss bedeutet allerdings auch, dass je nach politischem Standpunkt den jeweils spezifischen Anliegen, wie Schutz des Grundeigentums oder der Ökologie, zu wenig oder zu viel Rechnung getragen wurde. Diese Anliegen wurden mit entsprechenden Minderheitsanträgen belegt. Für die Minderheit (SVP) fällt der Schutz des Grundeigentums und der Fruchtfolgeflächen bei Revitalisierungen zu schwach aus. Erlangen die Minderheitsanträge zu §§ 17 und 22 im Rat keine Mehrheit, will die SVP dem Gesetz nicht zustimmen. Die Neuauflage des Gesetzes hat der Regierungsrat dem Kantonsrat Anfang 2020 vorgelegt, nachdem die Stimmberechtigten die erste Version des Wassergesetzes in der

Referendumsabstimmung vom 10. Februar 2019 abgelehnt hatten. Wichtigstes Ziel ist nach wie vor, mit einem kantonalen Wassergesetz den neusten technischen und rechtlichen Entwicklungen gerecht zu werden. Bisher war das Wasserrecht in zwei Gesetzen und fünf Verordnungen geregelt. Das neue Gesetz regelt für öffentliche wie auch private Gewässer die Gewässerhoheit, den Raumbedarf der Gewässer, den Hochwasserschutz unter Einschluss der Siedlungsentwässerung und der Abwasserreinigung, die Nutzung der Gewässer sowie die Wasserversorgung. Die vom Volk abgelehnte Möglichkeit zur Privatisierung der Wasserversorgung ist im neuen Erlass nicht mehr enthalten und es wird stärker auf ökologische Anliegen eingegangen.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

Minderheit: Ruth Ackermann (Die Mitte, Zürich), 079 414 52 74

Minderheit: Sandra Bossert (SVP, Wädenswil), 079 288 15 14

Minderheit: Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

Minderheit: Felix Hoesch (SP, Zürich), 079 409 05 92

Minderheit: Thomas Honegger (Grüne, Greifensee), 079 227 39 81

Minderheit: Thomas Wirth (GLP, Hombrechtikon), 078 720 19 05

Vorstösse zu Denkmalschutz, Zugverbindungen, Energieförderung und Solarstrom

In der allenfalls verbleibenden Sitzungszeit wird sich der Kantonsrat Vorstössen widmen, welche die Baudirektion betreffen. SVP-Kantonsrat Pierre Dalcher verlangt mit Unterstützung von FDP, Mitte und EVP eine Revision des Denkmalschutzgesetzes, die öffentliche Interessen wie Verdichtung, Wachstum und energetische Sanierungen stärker berücksichtigen soll ([KR-Nr. 153/2020](#)). Thomas Schweizer, Kantonsrat der Grünen, fordert mit Unterstützung von SP und GLP, die Regierung solle mit einer Teilrevision des Richtplans dafür sorgen, dass der Wirtschaftsraum Zürich durch direkte Zugverbindungen an möglichst viele europäische Wirtschaftsräume angebunden wird ([KR-Nr. 167/2020](#)). Der Regierungsrat hatte sich bereit erklärt, die beiden Vorstösse entgegenzunehmen. Weil die beiden Erstunterzeichner mit einer Umwandlung ihrer Motionen in Postulate nicht einverstanden waren, wird über die Überweisung erst nach einer Debatte im Rat entschieden. FDP-Kantonsrätin Ann Barbara Franzen lädt den Regierungsrat mit Unterstützung von SVP und Mitte ein, im Rahmen der Energieförderung nach § 16 EnerG und im entsprechenden Rahmenkredit die Energieerzeugung mit kombinierten Systemen von Wärme-Kraft-Koppelungs-Anlagen und erneuerbaren Energien zu unterstützen ([KR-Nr. 211/2020](#)). Und David Galeuchet, Kantonsrat der Grünen, will, unterstützt von SP, GLP, EVP und AL, den Regierungsrat beauftragen, dem Kantonsrat gesetzliche Grundlagen zu unterbreiten, mit dem Ziel, Investitionen in die Erzeugung von Solarstrom im Kanton Zürich deutlich zu steigern ([KR-Nr. 267/2020](#)). Der Regierungsrat beantragt beide Vorstösse zur Ablehnung.

Pierre Dalcher (SVP, Schlieren), 079 213 23 07

Thomas Schweizer (Grüne, Hedingen) 079 434 36 23

Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen), 079 946 52 15

David Galeuchet (Grüne, Bülach), 079 784 31 39

Personelles:

Gleich zu Beginn der Sitzung steht am Montagmorgen die Wahl eines Ersatzmitglieds des Obergerichts an ([KR-Nr. 308/2022](#)). Der Wahlvorschlag der Interfraktionellen Konferenz (IFK) ist unumstritten.

IFK-Präsident: Markus Bischoff (AL, Zürich), 079 211 81 66

Veranstaltungshinweis:

Anlässlich des in den Sitzungsferien stattfindenden «Internationalen Tags der Reanimation» wird ein Team der Universitätsspitals Zürich im Rahmen der anstehenden Kantonsratssession von 07.15 bis 08.10 Uhr und ab 11.00 Uhr bis ca. 13.00 Uhr im Sitzungszimmer des Foyers mit sogenannten Phantomen vor Ort sein, damit die Ratsmitglieder ihre Kenntnisse zur Wiederbelebung von Personen auffrischen können.

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Esther Guyer, Kantonsratspräsidentin, 079 699 13 45

Ronny Nicolussi, Medienbeauftragter, 043 259 20 12